

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Van der Bellen, Glawischnig-Piesczek, Sburny, Lunacek,
Freundinnen und Freunde

betreffend „Befassung des Parlaments mit grundlegende Änderungen in der Außen-
bzw. Europapolitik anstelle von Leserbriefseiten“

eingebraucht im Zuge der Debatte über eingebracht im Zuge der Debatte über die Erklärungen des
Bundeskanzlers und der Außenministerin gemäß § 19 Absatz 2 GOG über die Ergebnisse des EU-
Gipfels vom 19. und 20. Juni 2008

Begründung

Am 27. Juni 2008 änderten Bundeskanzler Gusenbauer und der designierte SPÖ-
Vorsitzende Faymann in einem Leserbrief an die Kronen Zeitung die Positionierung
der SPÖ zur Europäischen Union grundlegend und verließen mit ihrer Forderung
nach nationalen Volksabstimmungen den europapolitischen Konsens der
Bundesregierung.

Noch im Oktober des vergangenen Jahres meinte Alfred Gusenbauer: „Auf
Europaskepsis kann man nicht wirklich mit Volksabstimmungen antworten“ (zitiert
nach „Salzburger Nachrichten“ vom 27.6.2008).

Am 18. Juni 2008 sagte der designierte SPÖ-Vorsitzende Faymann in einem
Interview in der ZIB 2: „Ich habe dafür gestimmt, dass das Parlament abstimmt, und
an diese Beschlüsse kann ich mich erinnern, die habe ich auch mitgetragen.“

Und im Zuge der Debatte des Nationalrates über die Ratifikation des
Reformvertrages am 9. April 2008 meinte der Bundeskanzler: „Wenn Sie (FPÖ und
BZÖ, Anm.) nach Volksabstimmung rufen, dann wollen Sie sich in Wirklichkeit nur
hinter einer Forderung verstecken, denn Sie wollen eigentlich keine
Volksabstimmung, denn wenn die Volksabstimmung nicht so ausgeht, wie Sie es
wollen dann sagen Sie, Österreich ist wo „hinein manipuliert“ worden, denn die
Missachtung der Volksabstimmung des Jahres 1994 durch Sie zeigt klar und
deutlich: Ihnen geht es nicht um das Volk, Ihnen geht es nicht um die
Volksabstimmung, Sie wollen nur raus aus der Europäischen Union.“

Drei Monate später verkündeten Werner Faymann und Alfred Gusenbauer in einem
Leserbrief an die Kronen Zeitung völlig überraschend und ohne vorhergehende
Information des Nationalrates ihren Schwenk um 180° in der sozialdemokratischen
Europapolitik: „Auf der Basis einer kontinuierlichen Information und einer offenen
Diskussion sind wir der Meinung, dass zukünftige Vertragsänderungen, die die
österreichischen Interessen berühren, durch eine Volksabstimmung in Österreich
entschieden werden sollen.“ (Kronen Zeitung am 27.06.08)

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Herr Bundeskanzler und der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie werden aufgefordert, grundlegende Änderungen in ihrer außen- bzw. europapolitischen Ausrichtung jedenfalls in Erklärungen gegenüber dem Nationalrat darzulegen und damit eine entsprechend seriöse parlamentarische Debatte darüber zu ermöglichen, anstatt sie in Form von Leserbriefen kund zu tun.

